

Danziger Zeitung.

Nr. 18500.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Miswirthschaft!

Die bei den jüngsten Submissionen im In- und Auslande von den coalirten deutschen Werken geforderten Schienenpreise haben neuerdings nur allzu berechtigte Erörterungen über die durch die Cartelle verursachte Vertheuerung des Eisen- und Stahlmaterials für die deutschen Eisenbahnen hervorgerufen.

Der Bochumer Gußstahlverein hatte vor kurzem bei einer von den rumänischen Eisenbahnen ausgeschriebenene Lieferung Schienen zu einem Preise offerirt, der sich, nach Abzug der Fracht und sonstigen Unkosten, auf ca. 90 Mk. pro Tonne, nach anderen Berechnungen sogar nur auf circa 80 Mk. stellte, während zur selben Zeit bei den von preussischen Bahn-Verwaltungen ausgeschriebenene Submissionen die deutschen Werke, darunter auch der Bochumer Verein, durchschnittlich 145 Mk. pro Tonne forderten. Es mag sein, daß es sich in diesem Falle, wo ein deutsches Werk seine Erzeugnisse im Auslande um 55—65 Mk. pro Tonne billiger anbot, als es dieselben im eigenen Lande verkauft, um ein Ausnahmefach handelt, zumal die bei der rumänischen Submission von anderen Werken geforderten Preise sämtlich erheblich höher lauteten. Bezeichnend für die von den deutschen Schienenwerken geübte Praxis, den deutschen Abnehmern hohe Cartellpreise zu stellen und gleichzeitig zu Schleuderpreisen nach dem Auslande zu verkaufen, bleibt dann aber dieser Vorgang jedenfalls doch.

Noch wichtiger freilich ist es, daß die Preise, welche die deutschen Schienenwerke den deutschen Eisenbahnen abfordern, fortwährend erheblich über den Preisen stehen, zu welchen die Bahnen ihre Schienen auf dem Weltmarkte einkaufen könnten, wogegen von solchen ausländischen Werken, welche nicht zu Schleuderpreisen exportieren, sondern ihre Erzeugnisse zu den normalen Marktpreisen abgeben. Ein ansehnlicher Vorsprung ist von vornherein den deutschen Werken ja durch den bestehenden Schutz von 25 Mk. pro Tonne gesichert, und wenn die Mehrforderung der deutschen Werke über den Weltmarktpreis sich auf diesen Betrag beschränkte, so müßte dies nur als eine natürliche Folge der bestehenden Zollgesetzgebung angesehen werden. Aber die Differenz zwischen den Inlandspreisen der deutschen Schienenwerke und den Weltmarktpreisen der ausländischen Schienenwerke hat fort und fort den Zollbetrag weit übersteigen. Seit Jahren haben die deutschen Bahnverwaltungen sich eine viel größere künstliche Vertheuerung des gesamten Materials gefallen lassen, als durch den bestehenden Schutz Zoll bedingt ist, und gerade bei den letzten Submissionen ist dies wieder recht auffällig hervorgetreten. Während bei inländischen Lieferungen die deutschen Werke an einem Preise von ca. 145 Mk. pro Tonne festhielten, kosteten, nach den Angaben schützollnerischer Blätter, in England Schienen franco Rüfte 5 Pfr. bis 5 Pfr. 5 Sh. Es bestand demnach zwischen den Preisen in Deutschland und in England loco Werk eine Differenz von ca. 45 Mk., obwohl der Zoll nur 25 Mk. beträgt; die deutschen Bahnen zahlten demnach den Schienenwerken noch 20 Mk. pro Tonne über die im Schutz Zoll liegende Begünstigung hinaus.

Welche ungeheuren Opfer auf diese Weise von den Bahnverwaltungen gebracht werden müssen, ergibt eine einfache Rechnung. Nach der amtlichen Statistik waren im Jahre 1888 von der Production der deutschen Hüttenwerke an fertigen Fabrikaten 435 000 Tonnen Eisenbahnschienen und Schienenbefestigungstheile hergestellt worden; für das Jahr 1889 ist darnach, auf Grund der vorläufigen summarischen Monatsstatistik, die deutsche Schienenproduction auf rund 460 000 Tonnen zu veranschlagen. Ausgeführt wurden davon 110 000 Tonnen, so daß 350 000 Tonnen für den in-

ländischen Verbrauch blieben. Bei einer durchschnittlichen Vertheuerung um 45 Mk. pro Tonne würden mithin die deutschen Eisenbahnverwaltungen den coalirten Schienenwerken im Jahre 1889 ca. 15 Mill. Mk. über den Weltmarktpreis zu zahlen gehabt haben. Für den gesamten Bedarf der Eisenbahnen an Eisen und Stahl dürfte sich diese Summe mindestens auf das Doppelte erhöhen.

Daß in dieser außerordentlichen Begünstigung einer Industrie auf Kosten der Steuerzahler ein Mißstand vorliegt, der dringend der Reform bedarf, wird schwerlich zu bestreiten sein. Wenigstens dürfte es ein berechtigtes Verlangen sein, gegen welches sich, abgesehen von den Kreisen der schützollnerischen Eisenindustrie, wohl kein Widerspruch erheben dürfte, daß die deutschen Bahnverwaltungen den durch Cartelle zusammengefügten Werken in keinem Falle einen höheren Mehrbetrag über den Weltmarktpreis hinaus bewilligen, als den bestehenden Schutzzöllen entspricht. Auch bei einer solchen Beschränkung würde sich die Subvention an die deutschen Schienenwerke noch immer auf ca. 8 Mill. Mk. im Jahre belaufen und die Bekämpfung dieses die nationale Arbeit aufs höchste schädigenden Schutzollsystems nach wie vor nöthig sein. Aber die gegenwärtig bestehende Miswirthschaft würde doch wenigstens eine zunächst praktisch erreichbare Milderung erfahren.

Deutschland.

Die Berliner Innungen über die Sonntagsruhe.

Berlin, 15. September.

Die ständige Deputation des Berliner Innungsausschusses hat der ihm durch das Polizeipräsidium übermittelten Aufforderung gemäß ein Gutachten über die Gewerbeordnungs-Novelle (Arbeiterschutzgesetz) erstattet auf Grund der von den einzelnen Innungen eingelaufenen Antworten auf die ihnen vorgelegten Fragen.

Wie nicht anders zu erwarten, werden die Bestimmungen des Gesetzesentwurfes über die Sonntagsruhe nicht von allen Innungen gebilligt. Verschiedene Handwerke können die Sonntagsarbeit nicht entbehren, während andere schon jetzt volle Sonntagsruhe beobachten oder doch nur ausnahmsweise an Sonn- und Feiertagen arbeiten. Zu den letzteren gehören Böttcher, Drechsler, Aerbmacher, Tischler, Schmied, Maurer, Zimmerleute, Glaser, Tischler, Schlosser, Schmiede u. s. w. Ihre Berliner Innungen erklären es für möglich, daß die von der Reichstagscommission beschlossenen Bestimmungen über die Sonntagsruhe für ihre Gewerbe in Kraft treten. Die Maler und Schornsteinfeger wünschen, daß es bei den Vorschriften des Entwurfes über die Sonntagsruhe (20, 48 und 36 Stunden, nicht 30, 60 und 48 Stunden, wie die Reichstags-Commission es will) sein Bewenden habe. Auch die Schneider, Damenmäntelschneider, Kürschner und Schuhmacher stimmen für die von der Commission beschlossene längere Sonntagsruhe, doch wünschen die Herrenschneider die Zulässigkeit von Ausnahmen bei plötzlichen Todesfällen oder bei unaufschiebbaren Reisen ihrer Kundschaft. Weshalb gerade die Maler und Schornsteinfeger für eine kürzere Sonntagsruhe eintreten, ist nicht recht verständlich, da für sie die Verhältnisse nicht anders liegen, als bei den übrigen oben genannten Gewerben. Die Ausnahmebestimmung, welche die Schneider wünschen, hätte auch für die Schuhmacher gleiche Berechtigung. Die Zahnkünstler-Innung will die Sonntagsarbeit ganz beibehalten haben, weil sie bisher bei ihren Mitgliedern als etwas Selbstverständliches betrachtet worden sei und auch in Zukunft nicht entbehrt werden könne, da ein großer Theil des Publikums an den Wochentagen nicht in der Lage sei, die Thätigkeit der

Zahnkünstler in Anspruch nehmen zu können. Die Schlächter und Bäcker lehnen das Verbot der Sonntagsarbeit ganz ab. Für die Bäcker, wenigstens soweit es sich um die Herstellung von feinem Gebäck handelt, würde das Verbot jeder Sonntagsarbeit allerdings sehr große Uebelstände im Gefolge haben, und noch mehr würde das gesamte Publikum darunter zu leiden haben. Die Bäcker machen außerdem geltend, daß ein Verbot der Sonntagsarbeit in ihrem Gewerbe nur zu Gunsten der Conditoren ausfallen werde, weil diese, als dem Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe angehörig, von den Beschränkungen frei bleiben würden. Dieser Annahme ist nicht ohne weiteres beizutreten, weil bei den Conditoren zu unterscheiden ist zwischen der Herstellung ihrer Backwaaren und dem Ausschank von Getränken. Die Musikmeister-Innung will gleichfalls nichts von einer Sonntagsruhe wissen; sie meint, wohl nicht mit Unrecht, daß das gewerbliche „Musikmachen“ an Sonntagen in Deutschland nicht würde verboten werden können. Auch die Perückenmacher- und Friseur-Innung hat ihre besonderen Wünsche: sie will wenigstens 5 Stunden nacheinander ihre Geschäftsräume geöffnet halten.

Capri und Rohnock.

Nicht in Schloß Rohnock, dem Stellbuchein des deutschen und des österreichischen Kaisers, sondern abseits davon in dem benachbarten Schloß Hausdorf, einer Besitzung der Gräfin Schweinitz, ist, wie die „Vossische Zeitung“ schreibt, den auswärtigen Ministern beider Reiche für die zweite Hälfte dieser Woche Quartier bereitet. Hier werden, ungeführt von dem militärischen Geräusch der Manövertage, die politischen Eindrücke gesammelt und von beiden Staatsmännern in einem wagnissen Meinungsaustausch behandelt werden, die aus den Begebenheiten der letzten Monate zurückgeblieben sind. Es konnte für dies Zusammentreffen, das vor Monaten schon in verfrühter Weise erwartet wurde, kaum ein günstigerer Zeitpunkt gewählt werden, als der jetzige. Vor Monaten schien es eine Weile, als ob man sich in Oesterreich durch den zweiten Besuch des deutschen Kaisers am russischen Hofe beunruhigt fühle, als ob man darin eine Befestigung der Politik erblickte, die ein Organ des Fürsten Bismarck kurz vorher als „die wahre Ursache“ hatte mit dem unverhohlenen Ausspruch: „Die Oesterreicher denken nicht an die russischen, als den österreichischen Wünschen anzu- passen. Die Schatzen, die sich damals über dem Bundesverhältnis beider Reiche erhoben, sind längst wieder beseitigt. Man weiß heute in Wien und Pest, nicht nur in den Kanzleien sondern auch im Publikum, daß die amtliche Politik des deutschen Reichs jener Hinterhältigkeit sehr fern ist, deren bloßer Verdacht schon friedensstörend wirken müßte; man weiß, daß die Tage von Narva und Peterhof nichts erbracht haben, was das innige Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich verändern könnte, man hat soeben noch aus dem Munde des deutschen Kaisers an der schleswig-holsteinischen Küste die deutsch-österreichische Waffenbrüderschaft feierlich betonen hören, und man empfängt jetzt in dem vertraulichen Beisammensein der Kriegsherren beider Armeen einen weiteren Beweis für den festen, unverbrüchlichen Bestand des Bundes, der demnach durch einen abermaligen Besuch Kaiser Wilhelms auf österreichischem Boden von neuem besiegelt werden soll.

Berlin, 16. Septbr. In der ersten Oktoberwoche werden die sämtlichen Mitglieder des preussischen Staatsministeriums hier wieder anwesend sein, und es sind um diese Zeit gemeinsame Sitzungen des Staatsministeriums zu erwarten. Die Rückkehr des Staatssecretärs im Herrn Werner munter. „Ich habe wichtiges mit Ihnen zu besprechen, erst aber muß ich Sie mit einem alten Freund meiner Frau bekannt machen — Herr Felsig — Fräulein Rosa Müller, unser ein und alles, nicht wahr, liebe Eva?“ Das junge Mädchen nahm seine Aufmerksamkeiten sehr ruhig auf, ohne sich im mindesten ge- heimlich zu fühlen oder in Verlegenheit zu gerathen. Sie begrüßte mich flüchtig und fing an, die Blumen in zwei großen Vasen auf dem Ramin zu arrangiren.

„Güße Rosa“, schmeichelte die kleine Eva, „sag doch dem Mädchen, daß sie mein weißes Kleid zu Mittag glättet, und dann wolltest du mir ja die blaue Schärpe auch fertig machen! Hörst du, Rosa!“ — „Ach, Rosa, kannst du nicht dafür sorgen, daß die beiden Barsche, die ich geangelt, für Mama gebraten werden?“ flüsterie ihr Paul von der anderen Seite zu. „Sie sind wirklich so gut, aber wenn du nicht aufpasst, thut Stine es nicht. Sie ist immer so ungeschicklich.“ — „Fräulein Rosa“, begann Herr Werner, „wir müssen etwas extra Gutes zu Mittag haben. Wissen Sie, den Wein, der — ja, kommen Sie nur mit, ich will Ihnen Bescheid sagen.“

„Ist es unser gemeinsamer Freund Karl, den Sie heute erwarten?“ fragte ich Eva. „Ja, derselbe! Er hat hier in der Nähe eine Anstellung und besucht uns zuweilen. Er ist noch ebenso gut und prächtig wie — damals“, fügte sie mit einem leisen Seufzer hinzu.

Während wir noch mit einander sprachen, fuhr ein Wagen auf den Hof. Wir gingen hinaus, um zu sehen, wer es sei, und erblickten einen kleinen Einspänner, in dem ein unbekannter Herr neben Karl Armström saß. Dieser war größer und kräftiger geworden, er hatte sich einen gewaltigen Vollbart stehen lassen, war aber im übrigen ganz der Alte geblieben. Er sprach,

Reichsamt des Innern, Staatsministers v. Böttcher, nach Berlin wird denn auch die Arbeiten des Bundesrathes wieder in Fluß bringen. Auch der Urlaub der nichtpreussischen, in Berlin wohnhaften Mitglieder des Bundesrathes läuft um diese Zeit ab. Plenarsitzungen des Bundesrathes werden jedoch kaum vor der zweiten Hälfte des Oktober erwartet.

* [Der Petersburger Besuch und die „Preussischen Jahrbücher“.] Die „Preussischen Jahrbücher“ hatten neulich den Besuch des Kaisers in Rußland mit einer auffälligen Schärfe getadelt. Sie sprachen von „Zwecklosigkeit einer militärischen Comödie“, fanden „einen so schnell folgenden Besuch am russischen Hofe mindestens überflüssig“ und schoben die Verantwortlichkeit für diesen Besuch nachträglich dem Fürsten Bismarck zu, mit der Wendung, „Fürst Bismarck habe bei der Anwesenheit des Zaren zu Berlin im Oktober vorigen Jahres seinen Kaiser veranlaßt, diesen Besuch dem Zaren anzubieten“. Hiergegen wenden sich die „Hamburger Nachrichten“ in einem geharnischten Leitartikel. Keiner der beiden Monarchen werde seine persönlichen Beziehungen den Intentionen eines Ministers unterordnen. „Wir enthalten uns“, sagt das Organ des früheren Reichskanzlers zum Schluß, „jedes Urtheils über die politische Tragweite des Petersburger Besuches und drücken nur unser Bedauern aus, in einem freiconservativen Organe lügenhafte Insinuationen gegen den früheren Reichskanzler zu finden, zugleich mit leidenschaftlichen und ungerechten Angriffen auf die Politik des heutigen.“

* [Emins Sammlungen.] Emin Pascha, welcher im Verein mit Dr. Stuhlmann auf seiner Expedition nach dem Victoria-Nyanza auch seine wissenschaftlichen Studien durch Sammeln und Beobachtungen fortzusetzen gedankt, hat sich bereit erklärt, seine Sammlungen in erster Linie den Berliner königlichen Instituten zu überlassen.

* [Einfuhr und Verkauf von Spirituosen in Ostafrika.] Der stellvertretende Reichscommissar für Ostafrika, Hauptmann Schmidt, hat durch Commandanturbefehl, datirt aus Zanzibar, den 5. August, betrefis der Einfuhr und des Verkaufes von Spirituosen bestimmt, daß die Einfuhr von Brantwein nach dem deutschen Küstengebiet nur mit jedesmaliger besonderer Erlaubniß der Commandantur gestattet ist. Verkauf und Ausschank von Schnaps durch dritte Personen an der Küste ist ebenso zu unterbinden, und deshalb sind alle etwa erhaltenen Erlaubnißscheine durch die Stationschefs zurückzugeben. An geistigen Getränken dürfen öffentlich nur Bier, Wein und Wermuth verkauft werden, und die Stationschefs sind befugt und verpflichtet, Revisionen bei denjenigen Personen vorzunehmen, welche derartige Geschäfte führen. Zuwiderhandlungen sind im ersten Falle mit Confiscation der verbotenen Getränke, im Wiederholungsfall mit Entziehung der Concession zu bestrafen.

* [Wirkungen des Schweineinfuhrverbotes aus Dänemark.] In welchem Maße eine auch nur zeitweilige Hemmung des Handels und der Industrie durch Einfuhrverbote eine dauernde Schädigung des Ausfuhrgeschäftes herbeizuführen vermag, ergibt sich recht überzeugend aus den Mittheilungen, welche die Handelskammer zu Kiel in ihrem kürzlich ausgegebenen Jahresbericht über die nachtheiligen Wirkungen des ungefähr 2½ Jahre in Geltung gewesenen Verbots der Einfuhr von Schweinen aus Dänemark macht. Nach Wiedergabe der von ihr in den letzten Jahren über diese Frage dem Handelsministerium eingereichten ausführlichen Gutachten bemerkt nämlich die Handelskammer:

„Wenn von Ende April d. J. an die Einfuhr lebender Schweine und deren Weitertransport nach Hamburg-Altona unter gewissen Bedingungen möglich war, so stellte sich doch nach der überaus langen

nachdem er die Fägel einem Anecht übergeben hatte, vom Wagen herab, stellte den Fremden, einen Ingenieur, vor und erklärte mich dann plötzlich. „Bei allen Göttern des Olymps!“ rief er aus und schloß mich so herzlich in seine Arme, daß ich fast ersticht wäre.

Das war ein frühliches Wiedersehen, und nachdem die Herren überredet waren, zu Mittag zu bleiben, was nicht gerade allzu viele Rünste kostete, gingen sie auf die ihnen angewiesenen Fremdenzimmer, wohin ich Karl folgte, um mich mit ihm auszusprechen. Hier umarmte er mich nochmals und dann ging es an ein Erzählen.

„Du kommst ja niemals nach Stockholm!“ sagte ich.

„Und du bist niemals da, wenn ich komme“, entgegnete er.

„Wie lange bist du jetzt eigentlich schon verheirathet, Karl, denn aus dir und Anna ist doch ein Paar geworden?“

„Ja, das sollt ich meinen“, antwortete er. „Wir haben schon sechs Anaben, schade, daß kein kleines Mädchen dabei ist, aber was nicht ist, kann ja noch werden. Eine Dame ist unentbehrlich fürs Haus. Du bist nun freilich über dergleichen erhaben! Du denkst wohl nicht mehr daran, dich zu verheirathen, seit du ein berühmter Mann geworden!“

„Mir ist es nun einmal nicht beschieden“, erwiderte ich.

Wir gingen hinab und machten einen Spaziergang durch den Garten, während Herr Werner sich mit dem Ingenieur Holm unterhielt und die Damen Toilette machten. „Ja, ist es nun nicht sonderbar, daß wir beide hier in Evas Garten lustwandeln“, sagte er nach einer Weile. „Es fand sich doch schließlich ein Mann, der den Muth hatte, sie zu fragen; — eigentlich glaubte ich, du würdest es thun.“

Nach zehn Jahren.

(Nachdruck verboten.)

Von Helene Nyblom.
(Fortsetzung.)

14) Plötzlich unterbrach Eva mich: „Sie haben sich sehr wenig verändert, Herr Felsig!“

„Und Sie sind völlig die Alte geblieben, meine gnädige Frau.“

Eva senkte schnell den Blick und ihre Lippen zitterten an zu zittern. Ich sah wie auf Kohlen. Da wurde die Thür schnell geöffnet und die große, kräftige, sonnenverbrannte Gestalt des Hausherrn zeigte sich in derselben. „Es ist alles in schönster Ordnung, Eva; heute Abend, denke ich, werden wir fertig“, rief er seiner Frau zu. „Aber“, und er verneigte sich, „du hast Besuch?“

Er sah uns beide an, und unsere Gesichter mußten ihm verrathen, in welcher Erregung wir uns befanden, denn fragend blickte er von seiner Frau auf mich; als sie mich vorgestellt hatte, sagte er: „Ja, ich weiß, ein alter Freund Evas. Seien Sie mir herzlich willkommen! Sie bedarf so einer kleinen Aufmunterung hier auf dem Lande. Nach ihrer bösen Krankheit im vorigen Winter wagten wir es noch nicht, eine Reise zu unternehmen. Der Doctor meint, Eva könne die Eisenbahnfahrt noch nicht vertragen. Desto erfreulicher ist es ja, wenn uns jemand in unserer Einsamkeit aufsucht. Ich hoffe nur, daß Sie es nicht gar zu eilig haben, sondern sich gemüthlich einige Tage bei uns aufhalten können.“ Er sagte das alles so herzlich und freundlich, daß ich annehmen konnte, es sei seine aufrichtige Meinung.

Während er sprach, sah ich, daß sein kleiner Sohn einmals sein völliges Ebenbild werden würde. Seine ganze Persönlichkeit drückte Kraft und Gesundheit aus, dabei war aber sein Benehmen durchaus fein und höflich — eine jede

seiner Bewegungen verrieth den Gentleman. Seine Augen hatten einen freien, offenen Ausdruck, und wenn er lachte, schimmerten die weißen Zähne in seinem weitergebräunten Antlitz. Er war blond wie der Anabe, und sein Gang und seine Haltung hatten etwas Gewandtes und doch Imponirendes. Man sah ihm auf den ersten Blick an, daß er ein tüchtiger, energischer Mann war, dabei hatte er aber einen so kindlichen Ausdruck in seinen treuerhigen blauen Augen — man mußte überzeugt sein, daß er keinem Menschen etwas Schlechtes zutruhen konnte, daß ihm aller Argwohn, alle Melancholie völlig fern lag.

„Ich habe dir noch mehr Besuch anzumelden“, wandte er sich zu seiner Frau. „Der Ingenieur Armström kommt zu Mittag mit einem anderen Herrn zu uns, der bei ihm zu Besuch ist. Sie wollen nach Fische mit mir in den Wald, um mir zu zeigen, welches Terrain ich für die neue Zweigbahn hergeben muß. Aber vorher wollen wir zusammen essen und recht fröhlich mit einander sein. Wo ist Rosa eigentlich?“

„Ich weiß nicht“, antwortete Eva zerstreut, „ich glaube, sie ging vorhin in den Garten, um Obst zu pflücken. Ich habe sie seit einer Stunde nicht gesehen. Goll ich...“

„Nein, mein Schatz, ich werde sie schon finden“, sagte er und ging zur Thür. Dort begegnete ihm eine junge Dame, die mit den Kindern aus dem Garten kam. Sie war klein und blond, sah ziemlich unbedeutend aus und war außerordentlich einfach gekleidet. In der Hand trug sie einen Korb mit Blumen und frischem Grün. An ihrem einen Arm hing die kleine Eva; sie sprang munter hin und her, während Paul, der auf der anderen Seite ging, seinen Arm um die Taille des jungen Mädchens gelegt hatte und ihr eifrig zuredete. „Nun, da sind Sie ja in aller Ihrer Liebesswürdigkeit, Fräulein Rosa!“ sagte

— eine geeignete Persönlichkeit werde ermittelt lassen? Der Magistrat verlangt naturgemäß, da auch zweifelhaftes Gehalt von uns festgelegt worden ist, eine Äußerung darüber, weshalb wir uns dafür entschieden haben. Wir werden auf diese Frage, die uns jetzt vom Magistrat zur Äußerung vorliegt, uns ruhig und halbblütig zu äußern haben. Nach meiner Ansicht kann die Frage nicht erörtert werden, ohne die anderen in der Verfüßung des Bezirks-Ausschusses enthaltenen Punkte mit in Betracht zu ziehen, denn sie stehen in engem Zusammenhange. Die Hauptfrage müßte eigentlich gestellt werden, weshalb wir ein Gehalt von 15 000 Mk. für angemessen erachtet haben. Es ist nun in dem Schreiben eine eingehende Erörterung und Begründung namentlich der Ansicht verlangt, ob nicht mit Rücksicht darauf, daß dem in Ruhe getretenen ersten Bürgermeister nach einem dem kgl. Regierungs-Präsidenten erstatteten Bericht vom 27. August ein lebenslängliches Ruhegehalt von 18 000 Mk. bewilligt sei und die Stadtgemeinde somit für diese Stelle an Befolgung und Ruhegehalt 33 000 Mk. jährlich aufzubringen habe, die Befolgung von 15 000 Mk. jährlich zur Zeit zu hoch erscheine? Er habe das Gefühl, daß dieser Punkt schon etwas über den Rahmen der Zuständigkeit des Bezirksauschusses hinausgehe. (Zusimmung.) Der Bezirksauschluß hat nur zu prüfen, ob ein Gehalt von 15 000 Mk. für den ersten Bürgermeister angemessen sei, dagegen nicht, was die Stadt etwa sonst noch an Gehältern und Pensionen zahle. Der Bezirksauschluß hat hier ohne zwingenden Grund ein anderes Moment hinein-gezogen. Was habe es mit dem Gehalt des neuen Oberbürgermeisters zu thun, daß die Stadt einem um sie verdienten Mann, der 28 Jahre an ihrer Spitze gestanden und für sie Großes geleistet habe, den Lebens durch schwere Krankheit geprübten Lebensabend nicht günstig gestalten wollte? Ebenso gut könnte für den Bezirks-Ausshuß bei dieser Angelegenheit ja auch etwaige große Ausgaben in Betracht ziehen, zu denen eine große Gemeinde sich beispielsweise der Ehren halber bei großen Festen, etwaigen Monarchen besuchen oder Zusammenkünften bemogen fühlt oder fühlen muß. Solche Aufwendungen dürft man doch aber nicht hineinziehen in die Frage der Feststellung des Oberbürgermeistergehaltes. Nach seiner ganz selbständigen Meinung gehe es speciel dem Bezirks-Ausshuß nichts an, welche Pension der Mann beziehe, der durch Malten eines traurigen Geschickes zu allgemeinem Bedauern aus dem Amte haben scheiden müssen. Wenn diesem Manne eine vielleicht dem Bezirks-Ausshuß hoch erscheinende Pension bewilligt sei, so liege darin doch kein Grund zu sagen im Verhältnis dazu sei das Oberbürgermeistergehalt kein angemessenes. Ein zweiter ebenso ferner Gesichtspunkt sei in die Frage hineingebracht worden, ob die Festsetzung des Gehaltes zu den Befolgungen der übrigen städtischen Beamten, namentlich der Subalternen beamten, in richtigem Verhältnis stehe. Dieser Punkt gehöre seines Charakters zur Staatsberathung. Es sei die Pflicht der Stadt, jede Kategorie ihrer Beamten angemessen, soweit es die Mittel erlauben, zu besolden. Der städtische Etat habe ja wohl dem Bezirks-Ausshuß vorgelegen, in welchem das Gehalt des Oberbürgermeisters mit 18 000 Mk. ohne seinen Widerspruch festgestellt sei. Wenn nun nicht, wie erwähnt, ein trauriges Geschick es gewollt hätte, daß der Mann der bisher an der Spitze der Stadt stand, ausdient, so liege keine Veranlassung vor zu sagen, daß das Verhältnis zwischen dem Gehalt des Oberbürgermeisters und dem anderer Beamten nicht angemessen sei. Und so weniger mir es jetzt der Fall sein, da das Gehalt

für den neuen Oberbürgermeister um 3000 Mk. niedriger ist. Die Mitglieder der städtischen Verwaltung seien doch nicht solche Unmenschen, daß sie auf Kosten der Stadt einen Einzelnen verschwenderisch bedenken und dabei die anderen Beamten herunterdrücken werden. Er glaube, es würde die Mitglieder des Bezirks-Ausschusses wohl etwas unangenehm berühren, wenn ein Vergleich beispielsweise zwischen dem Gehalt des Reichskanzlers und den Subalternbeamten des Reiches oder Staates angestellt würde. Nach seiner Auffassung handele es sich hier wieder um einen Gesichtspunkt, der in die Sache nicht hinein gehöre. Er müsse es auch dahingestellt sein lassen, auf welche Weise der Bezirks-Ausschuß bei dieser Gelegenheit innerhalb seiner Kompetenz uns hinsichtlich der Befolgsungsverhältnisse der übrigen städtischen Beamten auf gute Wege hinleiten will. (Lebhafte Zustimmung.) — Die fernere Frage des Bezirks-Ausschusses, ob das Gehalt zu dem in anderen, zum Vergleich heranziehenden Städten in richtigem Verhältnis stehe, sei für die Versammlung nicht neu. Er erinnere sich ganz genau, daß in der Sitzung vom 26. August vor Festsetzung des Gehalts der Vorstehende diese Vergleiche gezogen habe und damit den Satz von 15 000 Mk. motiviert habe. Der Wahlschuß sowohl wie die Versammlung seien einstimmig der Ansicht gewesen, daß das Gehalt der Stellung angemessen sei und der Lebensführung des ersten Bürgermeisters in unserer Stadt und den Verhältnissen in den Vergleichsstädten entspreche. Sie seien überzeugt gewesen, daß sie die Stelle nicht glänzender dotieren als in anderen Provinzial-Hauptstädten. Die ersten Bürgermeisterstellen in Stettin und Königsberg sind in der That höher dotiert als mit 15 000 Mk., in Magdeburg sogar erheblich höher, nur in Posen, einer kleineren Stadt, mo eigenhümliche Verhältnisse mitspielen, sei das Gehalt niedriger. Die nähere Ausführung, daß ein Gehalt von 15 000 Mk. für Danzig angemessen sei, könne man dem Magistrat überlassen.

Es komme nun aber noch ein weiterer Gesichtspunkt in dem Schreiben zur Erörterung, indem es in demselben heißt: „Der hier als Communalabgabe zur Erhebung gelangende Procentsatz der Staatssteuern ist ein verhältnismäßig hoher. Es fragt sich, ob für die nächsten Jahre mit Rücksicht auf etwaige größere finanzielle Anforderungen eine Erhöhung oder aus anderen Gründen eine Ermäßigung des jetzigen Procentsatzes zu erwarten steht.“ — Was den ersten Satz betrifft, daß der Procentsatz des Zuschlages ein hoher sei, so können wir dem Bezirks-Ausschuß die Freude machen, zu versichern, daß wir diese Ansicht vollkommen theilen und durchaus wünschen, daß dieser Satz niedriger werde. Ob das möglich sein wird angesichts unserer Aufgaben, werden wir sehen, wenn uns der Etat vorgelegt wird. Er wolle aber noch bemerken, daß eine für das Gesamtbudget der Stadt so unerhebliche Summe wie die Differenz von 3000 Mk. von gar keinem Einflusse auf die Gestaltung des Etats und die Bemessung des Zuschlages zur Einkommensteuer sein wird. Wir können deshalb nicht ein Prozent, nicht einmal ein halb oder viertel Prozent weniger erheben. Was auf den Etat wesentlichen Einfluß habe, das seien z. B. die sehr schwankenden Einnahmen aus den Erträgen der Zölle, an deren Festsetzung wir absolut keinen Antheil haben. Diese Einnahmen haben zwischen 40—50 000 und 185 000 Mk. geschwankt. Und bei solcher Ungewißheit, bei der es sich um Beträge von 100 000 bis 150 000 Mk. handelt, sollen wir sagen, welchen Einfluß die 3000 Mk., welche bei dem Oberbürgermeistergehalt etwa in Frage kommen, auf die Etats- und Steuerverhältnisse der Stadt haben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Er halte diese Fragestellung, offen gesagt, für naiv. Was nun schließlich die Hauptfrage anbetreffe, ob die städtischen Behörden Grund zu der Annahme hätten, zu glauben, daß sich nicht auch bei erheblich geringerem Gehalt, etwa bei einer öffentlichen Aufforderung zur Bemerkung, eine geeignete Persönlichkeit werde ermitteln lassen, so liege diese Frage vollständig außerhalb der Kompetenz des Bezirks-Ausschusses. Das sei lediglich eine Frage, welche die Stadtverordneten-Versammlung zu beschäftigen hat. Diese allein habe darüber zu befinden, in welcher Weise sie ihr geeignet scheinende Candidaten ermitteln wolle. Wir befinden uns hier in der Vertheidigung uns gesetzlich zustehender Rechte, von denen wir uns kein Zitelchen nehmen lassen, wir weisen daher diese Forderung a limine ab. Wir wollen und können die Frage nicht beantworten, weshalb wir die Stelle nicht öffentlich ausgeschrieben haben, weil wir garnicht auf den Gedanken gekommen sind, uns das zu überlegen. Der Gedanke, die Oberbürgermeisterstelle etwa einem Mindestverdiensten zu übergeben, lag uns absolut fern. Einen solchen Gedanken hat eben niemand von uns gehabt. (Allgemeine Zustimmung.) Ferner spricht schließlich die Erwartung und Hoffnung aus, daß der Magistrat dieselbe Ansicht hege wie die Versammlung und daß auch der Bezirks-Ausschuß sich überzeugen werde, daß das Gehalt ein angemessenes sei, und daß derselbe diesen Communalbeschuß bald bestätigen werde, damit die Stelle ohne zu großen Zeitverlust besetzt werden könne, was sowohl im Staats-Interesse wie im Hinblick auf das Wohl der Gemeinde erwünscht sei. (Lebh. Bravo!)

Herr Gibsone: Er habe ausführlicher über die Sache sprechen wollen, jetzt könne er darauf verzichten und sich darauf beschränken zu erklären, daß alles, was der Vorredner gesagt habe, ihm aus dem Herzen kam, daß er die Ausführungen des Hrn. Ehlers Wort für Wort unterschreibe. Ich stehe zwar politisch auf einem anderen Standpunkte, als vielleicht die Mehrzahl dieser Versammlung, doch hoffe ich, daß stets, wo der Versuch gemacht wird, Eingriffe in die Selbstverwaltung zu thun, wir stets alle zusammenstehen werden. Deshalb bitte ich Sie, die Resolution einstimmig anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Rauffmann erklärt, er habe zwar auf dem Standpunkt gestanden, daß er die Ausschreibung für einen praktischen Weg gehalten habe, keineswegs aber aus dem Gesichtspunkt, daß man etwa durch Concurrenz billiger zu einem Oberbürgermeister komme. Er würde einen solchen Gesichtspunkt einer großen Commune nicht würdig erachten und ihn entschieden bekämpfen, falls er denselben bei seinen Mitbürgern begegne. Zum Oberbürgermeister Danzigs sei ihm der beste Mann gerade gut genug.

Hr. Goldmann: Er stimme auch darin Herrn Ehlers vollständig bei, daß das Gesetz nur verhindern wolle, daß die Gehälter zu niedrig bemessen werden, daß der Gesetzgeber aber garnicht daran gedacht habe, daß eine Stadt etwa zu verschwenderisch sei. Dieser Fall er scheine hier zum ersten Mal. Sollten wir mit einem Male solche Verschwender sein und das Gehalt des Oberbürgermeisters über unsere Verhältnisse bemessen wollen? Das werde doch niemand im Ernst annehmen, und es sei eine harte Zumuthung, uns in dieser Weise bedrängen zu lassen. Die Einmündung des Bezirks-Ausschusses in unsere Angelegenheiten erachte ich nicht für gerechtfertigt und wir sind nicht verpflichtet, demselben Auskunft über unsere Gründe zu geben. Hierzu sind wir nur dem Magistrat gegenüber verbunden. Dieser aber hört sie hier aussprechen. Es bedürfte also nicht erst der Resolution, die er zwar nach Form und Inhalt für durchaus angemessen und sachlich begründet, aber nicht für erforderlich halte. Er habe das Vertrauen, der Magistrat werde die Sache genügend allein erledigen und die Einmündung in die Angelegenheiten der Versammlung zurückweisen.

Der Vorstehende Hr. Steffens verweist auf das Aufschreiben des Magistrats, in welchem dieser die Versammlung um eine Aeußerung über den letzten Satz des Schreibens des Bezirks-Ausschusses ersucht. Eine solche erfordere doch eine Beschlufsfassung.

Hr. Pannenschmidt kann nur aus voller Seele dem zustimmen, was Hr. Ehlers gesagt habe. Derselbe habe seine Worte ihm förmlich aus dem Herzen genommen. Er selbst habe den Eindruck, als spiele die Person dessen, den man für das Amt in Aussicht genommen, bei dieser Angelegenheit eine nicht unwesentliche Rolle.

Stadto. Allein will die Aufmerksamkeit des Bezirks-Ausschusses auf einen sehr naheliegenden Vergleich lenken, auf den derselbe, trotzdem er so nahe liege, nicht gekommen zu sein scheint; Die Befolzung des Landesdirectors sei vor 2 Jahren auf 12 000 Mk., eine städtische Dienstwohnung und einige Nebenbezüge festgestellt, was insgesammt doch mindestens 15 000 Mk. ergebe. Niemand im Provinzial-Landtag oder Provinzial-Ausschuß, an dessen Sitzungen doch der Herr Landespräsident lebhaftest Antheil nehme, habe für den Landesdirector 15 000 Mk. als ein nicht „angemessenes“ Gehalt erklärt. Und für den Oberbürgermeister der Provinzial-Hauptstadt, an welchen doch noch erheblich höhere Repräsentationspflichten herantraten als an den Landesdirector und welcher in derselben Stadt lebe, solle es etwa kein „angemessenes“ sein? Redner bemerkt schließlich, daß der Wahlschuß sich einstimmig für den vorgeschlagenen Antrag entschieden, weil die Sache auch der Bürgerchaft gegenüber eine bestimmte Beschlufsfassung erfordere. Hr. Ehlers habe aus dem Herzen, aber auch im Namen aller Ausschusmitglieder gesprochen. Er empfehle ebenfalls deren Antrag.

Herr Dr. Dasse erklärt, zur Sache wenig hinzuzufügen zu wollen. Da alle Redner einstimmig seien in der Abweisung des Angriffs auf unsere Rechte, so bitte er Hrn. Goldmann, das formelle Bedenken gegen die Resolution fallen zu lassen, da er ja doch in der Sache derselben Meinung sei. Die Stadtverordneten-Versammlung könne dem Magistrat ihre Meinung nur durch einen Beschluß kundgeben; die Reden seien doch nur Kundgebungen Einzelner.

Hr. Goldmann entspricht diesem Wunsche. Er habe bei seinem Bedenken nur den Gedanken gehabt, daß der Magistrat prüfen solle, ob ein ausführlicher Bericht erstattet werden solle oder ob er Veranlassung nehmen wolle, schon jetzt Beschlüsse über die außer der Zuständigkeit des Bezirks-Ausschusses stehenden Zumuthungen zu fassen. Er wünsche nur, daß deutlich zum Ausdruck gebracht werde, daß die Versammlung eine Einmündung des Bezirks-Ausschusses in die alleinigen Rechte der städtischen Körperschaften entschieden zurückweise.

Hr. Bürgermeister Hagemann bemerkt, es komme dem Magistrat darauf an, daß eine formelle Erklärung der Stadtverordneten, welche, wenn möglich, der Ansicht der ganzen Versammlung entspreche, in dieser Angelegenheit abgegeben werde. Er könne sich über das, was der Magistrat thun werde, noch nicht auslassen, doch habe derselbe durch seinen früher gefaßten einstimmigen Beschluß gezeigt, daß er in der Gehaltsfrage auf demselben Standpunkt stehe, wie die Versammlung. Das frühere Oberbürgermeistergehalt sei im Jahre 1862 festgestellt worden, und er wolle nur daran erinnern, daß seit dieser Zeit sich die Lebensverhältnisse mächtig geändert und die Gehälter städtischer übrigen Beamten erheblich aufgebessert seien. Da sei doch die um 3000 Mk. höhere Normirung des Gehalts für den Communalchef wohl gerechtfertigt.

Hr. Simson hält namentlich das letztere Moment für das beachtenswerthe und wünscht, daß möglichst viele Mitglieder der Versammlung sich zu der Sache äußern. — Hr. Ehlers glaubt, daß man von der Sache auch leicht mehr Aufhebens machen könne, als sie an sich vielleicht verdiene. Man komme ja oft in die Lage, Fragen zu beantworten, von denen man wünsche, daß sie lieber nicht gestellt wären. Schließlich bittet Redner, nicht weiter zu gehen, als die Resolution, sondern sich auf deren Standpunkt zu beschränken.

Der Vorstehende stellt mit Rücksicht darauf, daß der Bezirks-Ausschuß in etwa anderthalb Wochen seine Entscheidung treffen wolle, zunächst die Dringlichkeit der Sache und die Frage zur Abstimmung, ob die Versammlung sofort Beschluß fassen wolle. Nachdem die Dringlichkeit einstimmig anerkannt worden war, wurde der obige Antrag des Wahlschusses zur Abstimmung gestellt und, wie ausdrücklich constatirt wird, einstimmig angenommen. Auch die auf Wunsch vorgenommene Gegenprobe ergab, daß kein Mitglied der Versammlung gegen den Antrag stimmte.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet folgende Interpellation des Stadtverordneten Münsterberg: „1. Beabsichtigt der Magistrat den Etat für 1891/92 der Stadtverordneten-Versammlung so rechtzeitig vorzulegen, daß die Beratung desselben vor Beginn des neuen Rechnungsjahres beendet sein kann? 2. Beabsichtigt der Magistrat den vorgelegten Etat gedruckt vorzulegen?“ — Nach kurzer Begründung der Interpellation seitens des Antragstellers, der namentlich eine frühzeitigere Fertigstellung des Etats wünscht, sagt Hr. Bürgermeister Hagemann zu, daß der Magistrat alles versuchen werde, die Etats bis Ende des Kalenderjahres vorzulegen, daß er auch einer Drucklegung des Etats nicht mehr so abgeneigt sei als früher, nachdem ermittelt worden, daß die Kosten bei erheblicher Vereinfachung der Vorlagen sich auf 1500—2000 Mk. stellen würden. — Eine Beschlufsfassung über die Sache konnte in dieser Sitzung nicht erfolgen, weil es dazu besonderer Anträge bedarf, doch fand eine längere Besprechung statt, an welcher sich außer dem Antragsteller namentlich die Herren Rauffmann, Stadtrath Witting, Klein, Ehlers, Bürgermeister Hagemann und Berenz betheiligten. Die meisten Redner erklärten sich für die Vereinfachung und Drucklegung des Etats.

Ein Urlaubsgesuch des Stadto. Gamm wird genehmigt, von dem Protokoll über die Revision des städtischen Leihamts am 18. August Kenntniß genommen, eine Petition des Herrn Friedrich Bunzel, einen ihm bis Ende d. J. für jährlich 10 Mk. verpachteten Platz in Petershagen auf 10 Jahre für jährlich 5 Mk. zu überlassen, ad acta gelegt, nachdem der Magistrat sich gegen die Annahme dieses Gebots erklärt hat.

Nachdem durch den diesjährigen Etat zum Bau einer neuen Volksschule in der Baumgartchen Gasse als erste Rate 50 000 Mk. bewilligt sind und in einer früheren Sitzung die Versammlung zum Beginn der Fundamentierungsarbeiten ihre Genehmigung erteilt hat, legt der Magistrat heute das in allen Theilen abgeschlossene Bauproject vor, das, wie schon erwähnt, auf rund 120 000 Mk. abschließt. Die Schule soll im wesentlichen nach dem Muster der Rähmschule erbaut und mit einer Warmwasser-Heizung nach dem Niederdruck-System versehen werden. Der Magistrat bemerkt, daß nach seinen Erkundigungen beim Berliner Magistrat und bei Sach-Autoritäten sich dieses Heizsystem sehr gut bewährt habe und daß bei einer Projecteinforderung die mit dergleichen Anlagen bereits vielfach betraute Firma Riefisch u. Henneberg in Berlin Mindestfordernde geblieben sei. — Auch bei dieser Vorlage erhebt sich eine längere Debatte, welche aber vornehmlich behauptete Mängel im städtischen Strommiffionswesen betrifft, die andererseits und namentlich auch von Mitgliedern der Baudeputation aus der Versammlung entschieden in Abrede gestellt werden. An dieser Debatte betheiligten sich die Herren Rauffmann, Hagemann, Otto, Davidsohn, Krug, Berenz, Hybeneth, Wansfried. Nachdem Herr Baumeister Otto darauf das Project der Warmwasser-Heizung ausführlich beleuchtet und die Urtheile des Berliner Magistrats und des Land-Bau-Inspectors Böttcher — einer hervorragenden Autorität — darüber verlesen

hatte, wird die Vorlage des Magistrats einstimmig angenommen.

Zur Einrichtung eines besonderen städtischen Gewerbe-Bureaus für Bearbeitung aller gewerblichen, sowie der Krankenkassen-, Unfall- und Invaliditätsversicherungs-Angelegenheiten giebt die Versammlung ihre Zustimmung, erklärt sich damit einverstanden, daß die Verwaltung dieses Bureaus vom 1. Oktober ab dem Stadtschreiber Schenk übertragen werde, und bewilligt demselben ein Gehalt von 2400 Mk. sowie eine Bureauvorsteher-Zulage von 300 Mk. jährlich.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlage des Magistrats, betreffend die in der Sonntags-Nummer bereits mitgetheilte Abänderung des Wasser-Regulativs, veranlaßt durch die in der Versammlung früher mehrfach besprochenen Petitionen des Haus- und Grundbesitzer-Bereins und einer größeren Anzahl anderer Hausbesitzer. Diefelbe wird wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Zum Verkauf einer Parzelle des Olivaer Freilandens in Neufahrwasser von 59 Ar 4 d. 2 Meter an die Abeggstiftung für 6500 Mk. behufs Errichtung von Arbeiter-Wohnhäusern nach dem Einzelwohnsystem giebt die Versammlung die Zustimmung.

Die Verpachtung eines Lagerplatzes auf dem Bleiße an die Firma Lohse und Hoffmann auf drei Jahre für jährlich 450 Mk., die Weiterverpachtung der Rahrnort-Fähre an die Gesellschaft „Weichsel“ auf ein ferneres Jahr für den bisherigen Pachtzins von 1708 Mk. wird genehmigt. Desgleichen die Vermietung der vier Wohnungen auf dem von der Stadt zur späteren Vergrößerung des Schlacht- und Viehhof-terrains angekauften Grottschen Grundstück am Rielgraben Nr. 4/5 für eine Gesamt-Jahresmiete von 2463 Mk.

Für Schulbauten in Schönrohr und Emaus wird der von der Commune Danzig als Patron zu gewährenden Bauholzwerth mit 2627 resp. 355 Mk.; zur Aufstellung von 25 neuen Petroleumlaternen in der Vorstadt Langfuhr behufs Verbesserung der dortigen öffentlichen Beleuchtung der einmalige Betrag von 3000 Mk. und an laufenden Unterhaltungskosten der Jahresbetrag von 1412 Mk., zur Aufstellung von drei neuen Gaslaternen und Umsehung mehrerer bestehenden der Betrag von 350 Mk. bewilligt.

Ferner bewilligt die Versammlung für Neupflasterungen in den Vorstädten 10 000 Mk., und zwar 6000 Mk. zum Ankauf von Pflastersteinen (für welche z. Z. die Conjunction sehr günstig ist) und 4000 Mk. zur Bestreitung der Arbeitskosten. Zur Regulierung der Bürgersteige und Unterhaltung des Trottoirs werden dem diesjährigen Bau-Etat 1000 Mk. zugesetzt, da die Regulierung des Trottoirs in der Breiße große erhebliche Mehraufwendungen erforderlich gemacht hat. Schließlich werden an Reparaturkosten für die Wirtschaftsgebäude eines städtischen Pachtgrundstückes in Bürgerwiesen 1000 Mk. nachbewilligt.

Die Wahl einer gemischten Commission zur Erörterung der Frage, ob und welche Zweige der königlichen Polizeiverwaltung die Stadtgemeinde Danzig zur selbständigen Verwaltung zu übernehmen geneigt sei, wird zur nächsten Sitzung vertagt, um zunächst die Vorschläge des Wahlschusses entgegen zu nehmen.

In geheimer Sitzung wird die Pensionirung des ordentlichen Lehrers am Realgymnasium zu St. Johann, Hrn. Schultze, zum 1. Oktober mit der gesetzlichen Pension von 2445 Mk. genehmigt.

* [Strafen für Auswerfen von Ballast in russischen Häfen.] Auf Veranlassung des Herrn Handelsministers hat der Herr Regierungspräsident dem Vorsteher-Amte der Kaufmannschaft mitgetheilt, daß nach einem Ausschnitt aus der „St. Petersburger Zeitung“ vom 26. v. M. das russische Communications-Ministerium sämtliche Hafenverwaltungen an Baltischen, Schwarzen, Afonischen und Kaspischen Meere davon in Kenntniß gesetzt hat, daß für die Verunreinigung der Häfen mit ausgeworfenem Schiffsballast die folgenden Strafen bestimmt worden sind: Zum ersten Mal 1000 Rbl., zum zweiten Mal 5000 Rubel und zum dritten Mal Confiscirung des schuldigen Fahrzeuges. Das Verbot bezieht sich auf alle Häfen und Rheden des Baltischen, Schwarzen und Kaspischen und auf das ganze Bassin des Afonischen Meeres.

ph. Dirschau, 16. Sept. Gestern erfolgte in gemeinsamer Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten die Wahl des Fabrikdirectors Raabe zum Kreisstadts-mitgliede an Stelle des von hier nach Danzig verzogenen Bauhauptschmied. Sodann wurde in besonderer Sitzung der Stadtverordneten die Theilung des großen Neustadt-Stadtbereiches in 2 Bezirke beschlossen, da mit der Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung die Geschäfte der Bezirksvorsteher sich bedeutend erweitern. Aus demselben Grunde wurde auf Antrag des Magistrats die Anstellung eines Bureauhilfs genehmigt.

J. Marienwerder, 16. Sept. Der landwirtschaftliche Verein Marienwerder B. verhandelte in seiner gestern Abend abgehaltenen Sitzung über die von Director Dr. Ruhnke angeregte Bildung eines westpreussischen Stutbuches. Bestimmte Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, diese vielmehr für die nächste Sitzung vorbehalten, in welcher zugleich die Frage zur Erörterung kommen soll, ob man nicht im nächsten Jahre eine größere Anzahl Littauer Zülen gemeinsam beziehen und hierfür die Unterstützung des Centralvereins bei der Staatsregierung anstreben solle. Zum Schluß der Sitzung wurden nähere Mittheilungen über die Ernteresultate innerhalb des Vereinsbezirks gemacht. Die allgemeine Lage, daß der Roggen schlecht schütte, wurde hier nur informen als berechtigt anerkannt, daß allerdings der geernteten Fuderzahl nach der Ertrag ein größerer sein könnte, daß das Ergebnis pro Morgen aber immerhin noch ein ganz gutes sei.

2. Königsberg, 15. Sept. Auch für Familien, die nicht gerade auf Schmalhottel gestiftet sind, macht sich in unserer Stadt die enorme Steigerung aller Fleischpreise geltend. Auch sonst sehen wir mit nicht eben freundlichen Ausblicken in die Zukunft; auf den verschiedensten Verwaltungsgebieten zeigen sich schwere Schäden und der ängstlich werdende Bürger der Stadt legt sich immer von Neuem die noch nicht beantwortete Frage vor, ob dieselben auf bloße Zufälle oder auf Eigenschaften der verwaltenden Persönlichkeiten zurückzuführen sind? Was hat die Bauverwaltung, besonders die Tiefbauverwaltung, uns nicht schon für Jammer gebracht. Noch immer steht die Regelung der Wasserleitungsverhältnisse nicht vor erwünschtem Ende. Der Zugrabenfreit harrt auf Erledigung, der Zugrabenbau auf Vollendung. Der neueste Schrecken ist nun durch für die neue elektrische Beleuchtung zu befürchtende Leitungsstörungen erregt. Es müssen ganze Straßenzüge der Unterstadt nachträglich kanalisiert werden, nachdem man zuerst ohne Anstand die Leitungsrohre gelegt, weil man nun mit einem Male Störungen durch Grundwasser voraussetzt, von denen früher nie eine Ahnung aufkautete. Kurz, es muß immer neu gebuddelt werden und die Straßenpflaster werden wieder und wieder aufgerissen. Geld und Material geht verloren. Man kann nur mit ironischem Lächeln an den Eifer sich erinnern, mit dem der Verwaltung Nahe-

stehende im vorigen Sommer in der Presse dafür eintraten, daß die elektrische Leitung schon im vorigen Herbst in Function treten könne. Heute bleibt es noch nach den neuesten Erfahrungen fraglich, ob sie 12 Monate später für den ganzen in Aussicht genommenen Bezirk wird fungiren können. — In diesen Tagen erst hat unser neuer Feuerwehr-Director seine definitive Entlassung aus der Berliner Stellung erhalten und ist nun auch officiell in sein Amt eingetreten. Sein Vorgänger war schon viele Monate lang durch Krankheit außer Lage gebracht, sein Amt wahrzunehmen. Möchte es dem neuen Chef gelingen, durch Aufmerksamkeit nach allen Seiten die Erneuerung von Unruhen zu verhindern, über deren eigentlichen Grund die gerichtliche Verhandlung keine Aufklärung gegeben hat. Thatsache ist, daß nach jenen Vorgängen der Name eines Mannes für den Branddirectorstelle auch nicht einmal mehr in Frage kam, der vorher die größten Chancen zu haben schien.

Bermischte Nachrichten.

* [Eine hübsche Episode] ereignete sich in Brandenburg a. d. H. am Mittwoch während der Aufführung des Dumas'schen Trauerspiels „Acan“ oder „Genie und Leidenschaft“ im Sommertheater. Bekanntlich läßt der Autor des Stückes im vierten Acte (der Wahnsinnszene) mehrere Schauspieler im Zuschauerraum zwischen dem Publikum Platz nehmen, welche von dort aus mit lauter Stimme Reins Spiel kritisiren und schließlich verlangen, er solle die Bühne verlassen. Bei dieser Scene erhob sich nun nach dem „Deutschen Tagebl.“ ein auf dem Balcon stehender Polizei-Sergeant, sekte seinen Helm auf und gebot den vermeintlichen Störenfriedern ernstlich Ruhe.

Standesamt vom 16. September.

Geburten: Schriftföhrer Ludwig Anoth, Z. — Holzarbeiter Otto Krause, Z. — Schuhmacherz. Franz Biegalski, S. — Photograph Emil Frenz, S. — Commis Eugen Erban, Z. — Fabrikarbeiter Johann Witkowski, S. — Böttcherz. Friedrich Neumann, Z. — Arbeiter Johann Bazio, Z. — Unehel.: 1 S.

Aufgebote: Buchhalter William Albert Böhrer in Berlin und Eleonore Dorothea Osterlag hier. — Factor Otto Richard Szepanski und Johanna Theresia Gerbel. — Schlossergeselle Otto Arthur Albert Schmidt und Amalie Gimeh. — Schneidergeselle Valentin Josef Henkel und Marie Theresia Mannhoff. — Schlossergeselle Gustav Adolf Benghi und Amalie Wilhelmine Mannhoff. — Arbeiter Augustin Treppich und Marianna Schielnik. — Arbeiter Franz Wreuz und Rosalie Auguste Wolf. — Schuhmacherz. Paul Gregor Calomski und Auguste Kornowski. — Schmiedegeselle Karl Kornelius Rohde und Emma Johanna Elisabeth Pähel. — Arbeiter Karl Emil Märtsching und Wittwe Anna Amalie Friederike Wolff, geb. Peters. — Malergeselle Emil Hermann Behke und Luise Eleonore Aroff. — Arbeiter Hermann Gustav Zörner und Emilie Maria Bidder. — Maurergeselle Augustin Johann Raskowski und Martha Anna Hulda Aufsch. — Arbeiter Eduard Reinhold Aufschel in Odra und Laura Wilhelmine Juliana Schwert hier. — Malergeselle Julius Rudolf Otto Brost in Berlin und Marie Rosalie Wibe daselbst.

Heirathen: Haupt-Jollants-Assistent Julius August Schwarz und Emilie Franziska Kinder, al. Both. — Arbeiter Gottlieb Cug und Marie Gerich. — Schneidergeselle Karl August Rabke und Auguste Wilhelmine Jels.

Todesfälle: Arbeiter Johann Schmichberg, 58 J. — Frau Wilhelmine Burow, geb. Wobrock, 66 J. — Frau Luise Potrafst, geb. Böhnke, 70 J. — Goldarbeiter-Gelehrter Gerhard Centz, 18 J. — Z. d. Arb. Emil Horn, 10 M. — S. d. Arbeiters Friedrich Giel, 9 Tage. — Fabrikarbeiterin Bertha Selma Schmarwah, 18 J. — Schneidergeselle Ludwig Ferdinand Alebb, 55 J. — Unehel.: 1 Z.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Sept. Desterl. Noten 182,60, Russ. Noten 263,00, Warschau kurz 262,50, London kurz 20,365, London lang 20,195.

Frankfurt, 16. Sept. (Abendbörse) Desterreich. Creditactien 279, Franzosen 226 3/4, Lombarden 139 1/2, ungar. 4 % Goldrente 91,40, Russen v. 1880 fehlt. Tendenz: still.

Paris, 16. Sept. (Schlußcourse.) Amort. 3 % Rente 96,85, 3 % Rente 95,47 1/2 excl., ungar. 4 % Goldrente 92,06, Franzosen 578,75, Lombarden 355,00, Türken 19,32 1/2, Aegyptier 494,68. — Tendenz: fest. — Rohzucker 88 loco 35,50, weißer Zucker per September 39,37 1/2, per Oktober 37,25, per Okt.-Januar 36,87 1/2, per Januar-April 37,37 1/2. Tendenz: ruhig.

London, 16. Sept. (Schlußcourse.) Engl. Consols 95 1/2, 4 % preuß. Consols 105, 4 % Russen von 1889 99 1/2, Türken 19, ungar. 4 % Goldrente 90 1/2, Aegyptier 97 1/2, Bhabiscon 3 1/2 %. Tendenz: fest. — Havanna-zucker Nr. 12 16, Rübenroh-zucker 14 1/4. Tendenz: ruhig.

Petersburg, 16. Septbr. Wechsel auf London 3 M. 76,00, 2. Orientanleihe 101 1/4, 3. Orientanleihe 102 1/4.

Liverpool, 15. Septbr. (Schlußbericht.) Umlauf 15 000 Ballen, davon für Speculation und Export 7000 Ballen. Stetig. Mittl. amerik. Cieferung: per September 5 1/4, Verkauferpreis, per Septbr.-Oktbr. 5 1/2 do., per Oktober-Novbr. 5 3/4, Ausrufpreis, per Novbr.-Debr. 5 1/2 do., per Debr.-Januar 5 1/2, Verkauferpreis, per Januar-Febr. 5 1/4 do., per Februar-März 5 3/4 do., per März-April 5 1/4 do., per April-Mai 5 1/2 do.

Newyork, 15. Septbr. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,80 1/2, Cable-Transfers 4,84 1/2, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,23 1/2, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 94 1/2, 4 % fundirte Anleihe 126, Canadian-Pacific-Actien 79 1/2, Central-Pacific-Actien 31, Chicago u. North-Western-Act. 107 1/2, Chic., Mil.- u. St. Paul-Actien 67, Illinois-Central-Act. 109, Lake-Shore-Michigan-South-Act. 106, Louisville- und Nashville-Actien 84 1/2, Newy. Lake-Erie u. Western-Act. 24 1/2, Newy. Lake-Erie u. West. second. Mort-Londs 107, Newy. Central u. Hudson-River-Actien 105, Northern-Pacific-Preferred-Act. 175 1/2, Norfolk u. Western-Preferred-Actien 61 1/2, Philadelphia- und Reading-Actien 40 1/2, St. Louis- und St. Franc.-Preferred-Actien 58, Union-Pacific-Actien 58 1/2, Wabash, St. Louis-Pacific-Preferred-Act. 24, Silber-Bullion 115 1/4—115 3/4.

Rohzucker.

(Privatbericht von Otto Gerike, Danzig.)

Magdeburg, 16. Septbr. Mittags. Tendenz: ruhig. Septbr. 14,20 Mk. Käufer, Oktbr. 13,32 1/2 Mk. do., Novbr. 13,20 Mk. do., Dezember 13,25 Mk. do., Januar-März 13,42 1/2 Mk. do.

Abenas. Tendenz: ruhig. Sept. 14,15 Mk. Käufer, Oktober 13,27 1/2 Mk. do., Novbr. 13,20 Mk. do., Debr. 13,22 1/2 Mk. do., Januar-März 13,40 Mk. do.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 16. September. Wind: ND. Gesezelt: Reform, Gräfe, Wisbader, Holz. — Bineta (SD.), Kiemer, Steffin, Olier. — Johann Friedrich, Bruhn, Aberdeen, Holz. — Ida, Fiß, Landskrona, Kleie. — Airline, Bager, Rallundborg, Delkuden. — Peter, Schmidt, London, Holz. — Johannes, Meiß, Bräuk, Kleie. — Emma (SD.), Wunderlich, Rotterdam, Olier. — Bertha, Borgwardt, Nipled. — Friedrich Wilhelm, Böttcher, Sachzibad, Kleie. — Nichts in Sicht.

Verantwortliche Redacteure. für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Hermann. — das Feuilleton und Literatur: H. Höpner. — die lokalen und provinziellen, handels-, Marine- und sonstigen Nachrichten: Dr. A. Klein. — für den Inseraten-Theil: A. M. Sackmann, sämtlich in Danzig.

FÜR TAUBE.

Eine Person, welche d. e. einfache Mittel v. 23jähr. Taubheit u. Ohrengeräuschen geheilt wurde, ist bereit, e. Beschreib. desselb. in deutsch. Sprache al. Ansch. grat. z. übers. Adr.: J. H. Nicholson, Wien, IX., Kolling 4.

Wer auf rationelle Pflege der Zähne Werth legt, der verwerne nur das antisept. von Prof. Dr. Wittich empfohlene J.L.LODIN-Zahnwasser. Dep. in Danzig: Apoth. Häckel, Elephanten-Apotheke und Apotheke zur Altstadt.

Druck und Verlag
v. A. W. Rafemann in Danzig.